

Verwaltungs- prozessrecht

von

Dr. Wolf-Rüdiger Schenke

o. Professor an der Universität Mannheim

10., neu bearbeitete Auflage



C.F. Müller Verlag
Heidelberg

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</i>		XXIV
§ 1 Einführung	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungshandelns	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	13	6
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	18	7
1. Der Dispositionsgrundsatz	19	7
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	20	8
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen	20	8
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	25	10
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz	26	10
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	28	11
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens	30	11
IV. Prozesshandlungen	33	12
1. Parteihandlungen	34	12
2. Prozesshandlungen des Gerichts	43	15
a) Überblick	43	15
b) Verschiedene Urteilsarten	48	15
aa) Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsurteile	48	15
bb) Prozess- und Sachurteile	50	16
cc) End- und Zwischenurteile, Voll- und Teilurteile	51	16
dd) Andere Urteilsarten	56	17
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils	57a	17
V. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens	58	19
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungsvoraussetzungen	58	19
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeitsvoraussetzungen	65	22

§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung	69	23
I. Form und Inhalt der Klageschrift	71	24
II. Die objektive Klagehäufung	73	25
III. Die Klageänderung	79	26
§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs (§ 40 VwGO)	82	28
I. Allgemeines	85	28
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	89	30
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen	90	30
2. Die Justiziabilität von Regierungsakten	92	31
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte . . .	95	31
III. Das Vorliegen einer öffentlichrechtlichen Streitigkeit	99	33
1. Die Subordinationstheorie	100	33
2. Die Interessentheorie	102	34
3. Die modifizierte Subjektstheorie	104	34
4. Abgrenzungsfragen	112	37
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses	116	37
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes	119	38
c) Die Rechtsnatur von Realakten	121	39
d) Die Abgrenzung von öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Verträgen	123	41
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit . .	124	41
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung	127	42
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungs- gerichten vorbehaltene Streitigkeiten	129	43
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht . . .	134	47
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	137	47
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	140	48
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnadenentscheidungen . . .	142	50
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungsgerichtsbarkeit	143	50
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2	144	50
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1	144	50
a) Der Aufopferungsanspruch	145	51
b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlichrechtlicher Verwahrung	146	52
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlichrechtlicher Pflichten	147	52

2. Sondervorschriften des Beamtenrechts	149	53
VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG)	150	53
VIII. Die Verweisung	155	54
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen	161	56
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungsgerichts	161	56
2. Sonderproblem Aufrechnung	165	57
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der europäischen Gemeinschaft bzw. supranationaler Organisationen	166a	58
§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten	171	60
§ 5 Die Anfechtungsklage	175	61
1. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	178	62
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage	182	63
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts	182	63
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts	184	64
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs	187	65
aa) Die hoheitliche Maßnahme	188	65
bb) Die Behörde	189	65
cc) Das Vorliegen einer Regelung	195	67
dd) Die Einzelfallregelung	203	70
ee) Die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtete Tätigkeit	212	72
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns	231	78
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	234	79
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts	246	82
IV. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgen- beseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche	248	82
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage	252	83
§ 6 Die Verpflichtungsklage	256	84
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	260	85
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage	263	87
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	269	88
IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	270	89

1. Drittklagen	271	89
a) Nachbarklagen	271	89
b) Konkurrentenklagen	272	90
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage	278	92
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungsklage“	281	94
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage	281	94
b) Die Ausnahmen	283	95
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	287	95
a) Meinungsüberblick	292	96
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungsklage	295	98
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen	299	100
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie eine modifizierende Gewährung	301	101
§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	306	102
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4	309	103
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts	310	103
2. Die Erledigung nach Klageerhebung	321	106
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4	322	106
1. Die Erledigung vor Klageerhebung	323	106
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist	326	108
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage	330	109
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts	331	110
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt	335	110
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4	337	111
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	339	112
§ 8 Die allgemeine Leistungsklage	343	113
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage	344	113
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage	354	116
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität	354	116

2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	355	116
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit	355	116
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungsklage gegen Verwaltungsakte	356	117
aa) Rechtliche oder faktische Unaufhebbarkeit eines später erlassenen rechtswidrigen Verwaltungsakts	357	117
bb) Der mit Strafe oder Geldbuße sowie mit sonstigen Sanktionen bewehrte Verwaltungsakt	361	118
cc) Der verzögerte Verwaltungsakt	362	119
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage	363	119
§ 9 Die Gestaltungsklagen	365	120
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen	366	120
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage	370	121
§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	374	122
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage	377	123
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage	378	123
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses	378	123
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechtsverhältnisse	384	125
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechtsverhältnisse	387	126
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen	393	128
aa) Die verschiedenen Begründungsmöglichkeiten	393	128
bb) Die Begründung von Rechtsverhältnissen durch Normen und ihre Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Normen	394	128
cc) Die Stufung von Rechtsverhältnissen	401	129
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse	405	130
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses	409	131
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage	411	131
II. Die Subsidiarität der Feststellungsklage	416	132
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel	416	132
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungsfeststellungsklagen	417	133
b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage	420	133

2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel	421	134
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2)	422	135
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs	426	136
III. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen	431	137
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage	433	138
§ 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	437	140
I. Allgemeines	437	140
II. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit	439	140
III. Die örtliche Zuständigkeit	442	141
IV. Verweisung	444	141
§ 12 Die Beteiligungsfähigkeit	446	142
I. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit	448	142
1. Beteiligte	449	143
2. Die Beteiligungsfähigkeit	455	143
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1	456	143
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2	461	144
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3	463	146
II. Die Beiladung	464	147
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung	464	147
2. Die einfache Beiladung	466	147
3. Die notwendige Beiladung	470	148
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung	473	148
III. Die Streitgenossenschaft	474a	149
§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit	477	150
I. Die Prozessfähigkeit	477	150
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit	483	151
§ 14 Die Klagebefugnis	485	152
I. Allgemeines	489	153
II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungs- klagen	491	153
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis	493	154
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung	493	154
2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers	495	155

a) Der Begriff des subjektiven Rechts	495	155
b) Die Begründung subjektiver Rechte	498	157
aa) Die Subjektivierung von Rechtsvorschriften	498	157
bb) Gegenwärtiges und unmittelbares Betroffensein als Voraussetzung einer möglichen Rechtsverletzung	502a	162
cc) Die Präklusion subjektiver Rechte	502 f	164
dd) Die Begründung von Unterlassungsansprüchen	503	167
ee) Die Begründung von Beseitigungsansprüchen	506	167
c) Die sog. Adressatentheorie	510	168
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen	513	169
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	521	174
f) Die Problematik der Verbandsklage	525	177
g) Der sog. Insichprozess	528	179
3. Klagebefugnis und das Recht der EG	531a	180
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit	532	182
§ 15 Die Prozessführungsbefugnis	538	184
I. Allgemeines	539	184
II. Die Regelung des § 78	543	185
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passivlegitimation	543	185
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1	547	186
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3	551	187
III. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten	554	187
§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis	557	189
I. Allgemeines	560	189
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten	563	190
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1	565	191
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a	566	191
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte	569	192
4. Die isolierte Anfechtungsklage	570	192
III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4	571	193
1. Das berechtigte Interesse	571	193
2. Das berechtigte Interesse gem. § 43 Abs. 1	572	193
a) Allgemeines	572	193
b) Zweifelsfälle	573	193
aa) Feststellender Verwaltungsakt und Rechtsschutzbedürfnis	573	193

bb) Rechtsschutzbedürfnis wegen präjudizieller Bedeutung der Feststellung für ein zivilgerichtliches Verfahren	578	195
3. Das berechnigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4	579	195
a) Wiederholungsgefahr	580	196
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung	582	197
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte	583	197
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses	585	197
e) Grundrechtseingriff	586	198
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen	587	199
1. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts	588	199
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch	590	199
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel	591	200
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes	591a	201
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg	591a	201
b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts	592	201
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren	593	202
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten	594a	203
§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft	598	204
I. Der Streitgegenstandsbegriff	601	204
1. Einführung	601	204
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand	603	205
a) Allgemeines	603	205
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage	608	206
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten	611	208
II. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit	612	209
1. Die prozessrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit	612	209
2. Die Begründung und Beendigung der Rechtshängigkeit	614	209
III. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung	615	209
1. Rechtskraft und Bestandskraft	615	209
2. Die formelle Rechtskraft	616	211

3. Die materielle Rechtskraft	617	211
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen	618	211
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft	619	211
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe	623	212
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage	627	213
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft	631	214
IV. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen	632	215
§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens	639	217
I. Allgemeines	642	217
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens	642	217
2. Die Prüfung eines Widerspruchs	648	219
Anhang: Die Prüfung der Zulässigkeit des Widerspruchs	651a	221
II. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs	652	222
III. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens	655	222
1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens	655	222
2. Ausnahmen	656	223
3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs	661	223
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungs- feststellungsklage	665	224
IV. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid	667	226
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde	667	226
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde	669	226
V. Die Widerspruchsfrist	672	227
1. Das Fristerfordernis der §§ 70, 58	672	227
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist	679	232
VI. Das Widerspruchsinteresse	682b	234
VII. Die Begründetheit des Widerspruchs	683	234
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts	683	234
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde	686	236
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius	687	237
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO	691	238
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen	692	239

a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	693	239
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius	694	239
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittwiderspruch	696	240
§ 19 Die Klagefrist	700	242
I. Der Anwendungsbereich des § 74	703	243
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74	705	244
III. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75)	715	246
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchsbescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt	715	246
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung	717	246
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75	720	247
Anhang: Die wichtigsten Klagen und ihre Zulässigkeitsvoraussetzungen	724a	249
§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage	725	251
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1	730	251
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	734	253
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessensentscheidungen	735	253
a) Ermessensüberschreitung	738	254
b) Ermessensnichtgebrauch	742	256
c) Ermessensfehlgebrauch	744	256
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum	748	257
a) Die Bedeutung der Problematik	748	257
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungsspielraums	751	257
c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen	752	258
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum	755	259
aa) Ausdrückliche gesetzliche Normierung eines Beurteilungsspielraums	756	259
bb) Beurteilungsspielraum wegen der organisations- und/oder verfahrensrechtlichen Stellung einer Verwaltungsbehörde	758	259

cc) Beurteilungsspielraum bei politisch bedeutsamen Verwaltungsentscheidungen	760	260
dd) Beurteilungsspielraum und Technikrecht	762	261
ee) Beurteilungsspielraum bei Prüfungsentscheidungen und dienstlichen Beurteilungen	763	261
ff) Zweifelsfälle	769	262
gg) Die Faktorenlehre	770	263
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsspielräumen	772	264
aa) Beurteilungsüberschreitung	773	264
bb) Beurteilungsfehlgebrauch	774	264
3. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs. 3, 2 S. 2	778	265
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten	782	266
1. Einführung in die Problematik	782	266
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik	783	267
a) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des Erlasses des Verwaltungsakts	784	268
b) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht	786	269
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt	789	270
4. Die materiellrechtliche Problematik	795	273
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache	805	278
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts	805	278
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Nebenbestimmungen	807	279
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid	808a	280
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung	809	281
a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs	809	281
b) Die Feststellung der Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts analog § 113 Abs. 1 S. 4	810	282
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen	810a	282
1. Das Nachholen einer Begründung	810a	282
2. Das Nachschieben von Gründen	811	282
a) Abgrenzung der Problematik	811	282
b) Kritik an der herrschenden Meinung	813	283
VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten	820	285

VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4	825	286
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts	828	287
§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	834	288
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5	837	289
1. Die Spruchreife	838	289
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts	841	290
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung	842	290
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	845	291
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage	849	292
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache	851	293
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Leistungsanspruch	851	293
2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw. Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4	853	294
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4	855	294
§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	860	296
I. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“	862	296
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“	864	297
§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen	867	299
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage	867	299
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen	869	300
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage	870	300
§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47	871	301
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle	873	301
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle	874	302
1. Die Antragstellung	875	302
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle	876	302
a) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 1	878	303
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2	879	304
aa) Der Anwendungsbereich des § 47 Abs. 1 Nr 2	879	304

bb) Verwaltungsvorschriften als Gegenstand einer Normenkontrolle	881	305
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle	883	306
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normenkontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3	885	307
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung	886	307
4. Die Antragsbefugnis	889	308
a) Die Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen	890	308
b) Die Antragsbefugnis von Behörden	898	311
5. Der Antragsgegner	899	312
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse	900	312
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normenkontroll- antrag natürlicher oder juristischer Personen	901	312
b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normen- kontrollantrag einer Behörde	912	314
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft	912a	315
8. Antragsfrist	912b	315
III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	913	316
1. Allgemeines	913	316
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Gemeinschaftsrecht	916	317
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs	918	317
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel	918	317
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel	919	318
4. Die Entscheidung des OVG	922	319
IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag	924	320
§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz	927	322
I. Allgemeines	936	323
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b	937	324
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80	939	324
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung	949	326
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen	956	328
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts	962	329
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	963	330
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten	964	330
b) Unaufschiebbar Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten	967	331
c) Andere Fälle	970	331

6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts	972	331
a) Rechtsnatur und Bedeutung	972	331
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	975	332
aa) Das Vorliegen eines gem. §§ 40, 42 anfechtbaren Verwaltungsakts	976	332
bb) Die Zuständigkeit für die Anordnung der sofortigen Vollziehung	977	332
cc) Grundsatz des rechtlichen Gehörs	978	333
dd) Die ordnungsmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung	979	334
ee) Das Begründungserfordernis	980	334
ff) Das Fehlen einer der Vollziehungsanordnung entgegenstehenden gerichtlichen Entscheidung gem. § 80 Abs. 5 S. 1	984	335
gg) Öffentliches Interesse und/oder überwiegendes Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung	985	335
hh) Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Vollziehungsanordnung	986	336
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung	987	336
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	988	337
b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	989	337
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	990	337
a) Die Zulässigkeit des Antrags	991	338
aa) Das Erfordernis der Antragstellung, der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungsrechtswegs	991	338
bb) Die Statthaftigkeit des Antrags	992	339
cc) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	995	340
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags	1000	342
aa) Unterschiede zwischen Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	1000	342
bb) Die gerichtliche Interessenabwägung	1002	343
cc) Sonderproblem: Verfassungswidrigkeit des zugrunde liegenden formellen nachkonstitutionellen Gesetzes	1005	345
dd) Sonderproblem: Verstoß von gemeinschaftsrechtlichem Ordnungsrecht gegen primäres Gemeinschaftsrecht	1005a	346

c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	1006	347
aa) § 80 Abs. 5 S. 3 als Mittel zur vorläufigen Sicherung eines Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs	1006	347
bb) Besonderheiten bei Verwaltungsakten mit Drittwirkung	1012	347
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts	1014a	348
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts	1015	348
10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung	1019	350
a) Allgemeines	1019	350
b) Die Zulässigkeit des Antrags	1020	350
c) Die Begründetheit des Antrags	1022	351
d) Die Sicherung der Anordnung der sofortigen Vollziehung bei faktischer Aussetzung eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung	1023	351
Anhang: Die gerichtliche Anordnung bzw Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung sowie der vorläufige Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung	1023	352
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a	1024	354
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123	1025	354
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123	1025	354
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1029	355
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1032	356
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	1032	356
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	1034	358
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	1040	359
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung	1041	361
Anhang: Die einstweilige Anordnung gem. § 123	1041a	360
IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6	1042	361
1. Allgemeines	1042	361
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1044	362

3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1045	362
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1046	363
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung	1050	363
§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47	1059	365
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1062	366
II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1063	366
III. Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1064	367
1. Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	1065	367
2. Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1072	369
a) Feststellungsklagen sui generis	1073	369
b) Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1074	370
3. Die Schließung verbleibender Rechtsschutzlücken	1077	371
4. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen	1081	372
5. Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1084	374
a) Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1084	374
b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1085	375
IV. Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1087	376
1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze	1087	376
2. Vorbeugender Rechtsschutz gegenüber untergesetzlichen Rechtsnormen	1089	377
V. Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1092	378
§ 27 Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung	1098	380
I. Allgemeines	1101	381
II. Der gerichtliche Vergleich	1102	381
III. Die Klagerücknahme gem. § 92	1106	382
IV. Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache	1111	383

V. Exkurs: Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung	1115	384
1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen	1115	384
2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage	1117	385
3. Der Inhalt der Entscheidung	1118a	386
§ 28 Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts	1122	388
I. Der Begriff des Rechtsmittels	1122	388
II. Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens	1125	389
1. Die Einlegung des Rechtsmittels	1125	389
2. Die Rechtsmittelberechtigten	1126	389
3. Die Beschwer	1127	389
4. Das Verbot der reformatio in peius	1130	390
5. Das Anschlussrechtsmittel	1132	390
6. Die formell inkorrekte Entscheidung	1134	391
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels	1141	392
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	1143	393
III. Die Berufung	1145	393
IV. Die Revision	1147	394
V. Die Beschwerde	1150	395
<i>Sachverzeichnis</i>		397